



Workshop Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer

Potsdam, 30.08.2012

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Begrüßung und Einführung | 3 |
| Demografischer Wandel in Brandenburg -Herausforderungen und Chancen | 4 |
| Ursachen und Folgen des demo-grafischen Wandels in Ostbrandenburg | 6 |
| Projektbeispiel JugendMobil | 8 |
| Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer | 10 |
| Nachfragen und Diskussion | 11 |
| Zusammenfassung der Diskussionen in Tischgruppen | 13 |
| Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge | 15 |
| Arbeitsgruppe 1: Transfer | 15 |
| Arbeitsgruppe 2: Geänderte Rahmenbedingungen – andere Lebensentwürfe | 17 |
| Arbeitsgruppe 3: Handlungskompetenz in Kommunen | 22 |
| Arbeitsgruppe 4: Zukunftsfähige Formen der Daseinsvorsorge | 24 |
| Podiumsdiskussion | 26 |
| Schlusswort | 27 |
| Anhang | 28 |
| Fotos Arbeitsgruppe 1 Transfer | 28 |
| Fotos Arbeitsgruppe 2 Geänderte Rahmenbedingungen – andere Lebensentwürfe | 30 |
| Fotos Arbeitsgruppe 3 Handlungskompetenz in Kommunen | 32 |
| Fotos Arbeitsgruppe 4 Zukunftsfähige Formen der Daseinsvorsorge | 35 |
| Liste der Teilnehmenden | 37 |

Vortragsfolien: Die Vortragsfolien stehen [hier](#) zum Download bereit.

Veranstaltungsort

Hoffbauer-Tagungshaus
Hermannswerder 23
14473 Potsdam

Begrüßung und Einführung

Albrecht Gerber
Chef der Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Was bedeutet der demografische Wandel für Brandenburg? Anfang der 1990-er Jahre war Brandenburg ein ostdeutscher Sonderfall: Trotz Geburtenrückgang war Brandenburg das einzige ostdeutsche Bundesland mit einer wachsenden Bevölkerungszahl. Erst seit etwa 2000 wurden die demografischen Perspektiven mit allmählich rückläufiger Einwohnerzahl, jedoch verbunden mit einem deutlichen Zuwachs im Umland von Berlin, deutlicher. Das Land hat ab 2003 begonnen, sich aktiv mit den fachpolitischen Auswirkungen der demografischen Veränderungen zu befassen. Zu den Themen gehörten u.a. der Strafvollzug, Pflege, Fachkräftebedarf, Mobilität, gesundheitliche Versorgung oder auch die öffentlichen Dienstleistungen. In bisher drei Demografieberichten hat das Land seine demografierelevanten Schwerpunkte und Leitthemen definiert und richtet schrittweise seine langfristigen Strategien auf die demografischen Herausforderungen aus.

Aktuell ist das Land dabei, solche innovativen Projekte, die sich mit den demografischen Herausforderungen vorausschauend auseinandersetzen, aktiv zu unterstützen. Die dabei gesammelten Erfahrungen können in drei Leitlinien zusammengefasst werden:

- Die **Lösungen** müssen **vor Ort** und von unten entwickelt werden. Bund und Land müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen und selber auch bereit sein für Veränderungen. Nur so können regional angepasste Lösungen möglich gemacht werden.
- Eine aktive Beteiligung der Mitbürger erfordert **„local heroes“**, die als „Macher“ andere Akteure für eine Mitwirkung in einem Projekt begeistern können.
- Notwendig ist aber auch eine **Abkehr von pessimistischer Zahlengläubigkeit**. Einseitig quantitative Diskussionen und Untergangsszenarien lähmen und entmutigen Bürger und Akteure. Die Politik muss klare Ziele definieren, mit konstruktiven Vorschlägen den Erhalt der Lebensqualität ermöglichen.



Neben diesen drei Leitlinien wird es künftig immer wichtiger, flexible Lösungen zu entwickeln. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist der „KombiBus“ im Landkreis Uckermark. Nach der praktischen Inbetriebnahme des „KombiBus“-Verkehrs im September 2012 soll die Kombination von Schülerverkehr, Linienbus, Post, Kurierdienst, Fahrdienst für Mobilitätseingeschränkte und vieles mehr die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Dienstleistungen im ländlichen Raum verbessern und damit die Versorgung der ländlichen Bevölkerung dauerhaft und auf hohem Niveau sicher stellen. Die Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH (UVG) hat den konzeptionellen Ansatz für das Projekt entwickelt.

Demografischer Wandel in Brandenburg - Herausforderungen und Chancen

Manfred Bauer

Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Den ersten Impulsvortrag hält Manfred Bauer, der als Leiter der Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg tätig ist.

Er untergliedert seinen Vortrag in vier Punkte:

1. Chronologie bis heute
2. Demografische Rahmenbedingungen 2030
3. Lösungsbeispiele für die aktuellen Herausforderungen
4. Herausforderungen und Perspektiven

Chronologie bis heute

Obwohl zu Beginn der 1990er Jahre ein Wachstumsrückgang prognostiziert wurde, konnten Wanderungsgewinne besonders aus Berlin dieser Entwicklung entgegensteuern. Erst ab 2000 entwickelte sich das Land Brandenburg von dem ehemals einzigen ostdeutschen Bundesland mit Entwicklungszuwachs hin zu einem mit kontinuierlichem Bevölkerungsrückgang. Seit 2009 werde sich in der Politik von der bis dahin verfolgten theoretischen „Metaebene“ hin zu Lebenswirklichkeit und konkreten praktischen Lösungen vor Ort fokussiert. Dieses Umsteuern sei in zahlreichen politischen Feldern vorzufinden: es werden vermehrt „Stärken gestärkt“ anstelle einen Ausgleich mit der Gießkanne zu betreiben. Die Familienpolitik sei nun „harte Politik“, die Ressource „Mensch“ rücke immer weiter in den Mittelpunkt und in der Verkehrsinfrastruktur werde mehr Wert auf Bestandserhalt als auf Neubau gelegt.



Demografische Rahmenbedingungen 2030

Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg seien schwierig. Der Bevölkerungsrückgang sei jedoch unumkehrbare und langfristige Realität. Dabei nehme das regionale Auseinanderdriften zu. Immer mehr Menschen ziehen ins Berliner Umland, wobei der weitere Metropolenraum wenig besiedelt sei. Hinsichtlich der Altersverteilung setze sich die Alterung dynamisch fort. Personen zwischen 60 und 80 Jahren werden bald die größte Altersgruppe darstellen.

Lösungsbeispiele für die aktuellen Herausforderungen

Nichtsdestotrotz gebe es zahlreiche Beispiele für die aktuellen demografischen Herausforderungen:

- Mobiler Bürgerservice Wittstock: Ein „mobiler Bürgerservice“ ermögliche Bürgern in entfernten Ostteilen und Dörfern ein angemessenes Verwaltungsangebot (bspw. Passerstellung)
- JAZ „Jung und Alt mit Zukunft“: In Kyritz und Umgebung werden die Möglichkeiten eines angenehmen Alterns im ländlichen Raum untersucht und ausgebaut (Dorfpaten, ambulanter Hospizdienst, dezentrales Altenwohnen, ...)
- KombiBus in der Uckermark: Linienbusse übernehmen Transport von Post und Paketen, Krankentransport, Kurierdienste etc.

Demografischer Wandel in Brandenburg - Herausforderungen und Chancen

- Demografielotsen im Klinikum Niederlauritz: Das Potential der älteren Beschäftigten wird durch individuelle Beratung, altersgerechte Arbeitsorganisation und flexible Arbeitsgestaltung besser genutzt
- Mobile Zahnarztpraxis Templin: komplett ausgestattete mobile Behandlungseinrichtung erleichtert auf dem Land die medizinische Versorgung von Patienten im zahnärztlichen Bereich
- Mobiler Rehadienst Woltersdorf: Patienten im Umkreis von 30 km werden in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld behandelt. So kann die Pflegebedürftigkeit lange hinausgeschoben werden und den Patienten somit ein selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten Umgebung ermöglicht werden

Herausforderungen und Perspektiven

Mit diesen Herausforderungen müssten der Staat, die Gesellschaft – kurz – alle Entscheider umgehen.

So müsse der gesellschaftliche Zusammenhang z. B. über Stiftungen gestärkt werden. Der Rechtsrahmen und die Infrastrukturstandards, wie sie in Deutschland üblich sind, müssten flexibler gestaltet werden. Die Lebensqualität kann durch Umsetzen praktischer und lokal angepasster Lösungen direkt vor Ort gestärkt werden. Ist die Lebensqualität so hoch, dass die Abwanderer zurückkommen, hätten wir alles richtig gemacht, so Manfred Bauer. Zuletzt verweist er auf einen Link zur Demografie in Brandenburg: www.demografie.brandenburg.de.



Ursachen und Folgen des demografischen Wandels in Ostbrandenburg

Ulrich Hehenkamp

Amtsleiter Amt Britz-Chorin-Oderberg

Ulrich Hehenkamp beschäftigte sich im Rahmen einer Studienarbeit mit dem demografischen Wandel in Ostbrandenburg. Der Schwerpunkt seiner Studie lag darin, wie die Leute vor Ort konkret damit umgehen. In seinem Vortrag möchte Hehenkamp auf die Ursachen und Folgen des demografischen Wandels, aber auch Chancen und Herausforderungen eingehen.

Ursachen

Seit der Wende sei die Bevölkerung in der Stadt Oderberg um fast 30 % zurückgegangen. Dies liege vor allem an fehlenden Arbeitsplätzen und schlechten Verkehrsbedingungen, so Hehenkamp.

Folgen

Für die Zukunft sagen Prognosen vorher, dass die Zahl der Über-65-Jährigen bald bei 52,5 % liegen wird. Damit wird die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter um bis zu 44 % zurückgehen und sich die Zahl der Geburten halbieren.

In Oderberg sei man bemüht, etwas zu bewegen. Über das Projekt „Perspektive Oderberg“ wurde über Arbeitsgruppen und Sitzungen das Thema in Angriff genommen. So wurde eine Einwohnerbefragung durchgeführt, in der nach besonders gravierenden Mängeln in Oderberg gefragt wurde. An erster Stelle wurde ein fehlendes Rathaus als Verwaltungszentrum genannt, aber auch der Zustand der Stadt wie leerstehende Wohnungen, Beleuchtung, schlechte Straßen etc. wurden bemängelt.

Mit dem Bus bräuchte man 55 min zum Verwaltungssitz in der Gemeinde Britz. Rund 20 min später wäre



man am Alexanderplatz in Berlin. Dies würde ein erhebliches Hindernis darstellen.

Chancen und Möglichkeiten

- Gewährleisten von Autonomie:
Finanzautonomie und eine intakte Verwaltungsinfrastruktur müsste hergestellt werden.
- Bürgergesellschaftliches Engagement:
Durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts und eine positive Kommunikationsstrategie und Beteiligung an Innovationsprozessen könnte das Engagement gefördert werden.
- Nachhaltige Wachstumsorientierung und Inwertsetzung der Natur:
Es bräuchte Flächenentwicklungs- und Infrastrukturkonzepte für eine nachhaltige Entwicklung. Des Weiteren müssten neue Entwicklungspotentiale durch die Wertschöpfung der Natur freigesetzt werden.
- Bildungsangebot:
Der Schulstandort müsste stabilisiert und alternative Strukturen geschaffen werden, so Hehenkamp.

Handlungsempfehlungen

Begriffe wie „Gegensteuern“ und „Anpassen“ müssten aus Handlungsempfehlungen gestrichen werden. Die Entwicklung ist nun einmal so wie sie ist. Stattdessen

Ursachen und Folgen des demografischen Wandels in Ostbrandenburg

sollten neue Entwicklungen und Spielräume ermöglicht werden.

Ulrich Hehenkamp stellt fünf Beispiele vor, mit Hilfe derer es funktionieren könnte:

- Pilotprojekt „Demografiebudgets“
- Bürger-Begegnungs-Zentrum: vereint Lesekaffee, Antiquariatszentrum, Spielmöglichkeiten etc.
- Bürgerstiftung: Aktivitäten der Vereine, die sehr ausgeprägt sind, sollen unter einem Dach zusammengeführt werden.
- Leitbild/Entwicklungsziel Luftkurort
- Standortübergreifende Schulentwicklungsplanung

Fazit

Hehenkamp möchte zunächst drei Punkte vorab benennen:

- Schrumpfungsprozess sei Realität
- Verändertes Handeln erfordere verändertes Denken
- Initiativen der Akteursebene vor Ort fördern und ermöglichen

Besonders betont Hehenkamp, wie wichtig es sei, Orte individuell zu betrachten und nicht auf Durchschnittszahlen zu verweisen. Der demografische Wandel würde vor Ort stattfinden und es würde sich lohnen, „den Leuten eine Chance zu geben“.



Projektbeispiel JugendMobil

Ralf Hoppe Contextplan GmbH

Die Contextplan GmbH führt mit Projektpartnern das Projekt „JugendMobil“ durch.

Jugendliche, die sich im ländlichen Raum bewegen möchten, sind vor dem Führerscheinalter stark eingeschränkt. Es gebe die Bereitschaft, die Lebensqualität von Jugendlichen zu erhöhen, allerdings gebe es riesige Angebotslücken im ÖPNV. Abends, nachts und am Wochenende würde es nahezu keinen öffentlichen Verkehr mehr geben. Besonders für Jugendliche sei dies sehr einschränkend. Sie seien so immer auf Fahrdienste der Eltern oder Freunde angewiesen und hätten keine Möglichkeit zur autonomen Bewegung.

Auf der anderen Seite gebe es gute Angebote, die allerdings zu wenig genutzt würden (z. B. 50/50 Taxi, VBB-Ferienticket, Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern oder die Info in vbb-online).

Die Ziele des Projekts

1. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Mobilitätssituation von Jugendlichen in drei Brandenburger Mittelbereichen
2. Etablierung dauerhafter Beteiligungsstrukturen für Jugendliche „auf Augenhöhe“ mit lokalen Entscheidern
3. Übertragbarkeit des Formats auf vergleichbare Regionen

Die Herausforderungen

Das Wichtigste sei es, ein demografiefestes integriertes Mobilitätsangebot unter Einbeziehung aller zur Verfügung stehenden Verkehre zu schaffen und dabei eine dauerhafte Jugendbeteiligung zu sichern, so Hoppe.

Netzwerk Mobilität

Um dieser Herausforderung zu begegnen, wurden in den Regionen die „Netzwerke Mobilität“ gegründet. Lokale Entscheider sollen hier mit Jugendlichen Lösungen für die Mobilitätsproblematik erarbeiten. Die lokalen Vertreter seien aus dem Landkreis, dem kreislichen Verkehrsbetrieb, dem Mittelbereich und der



regionalen Wirtschaft. Unterstützt und angeleitet werden sie gemeinsam mit den Jugendlichen durch einen Betreuer vor Ort.

Beispiel-Projekt I: Discobus im Spreewald

Jugendlichen sollen mit dem Discobus günstige und sichere Hin- und Rückfahrten zu Discotheken ermöglicht werden. Dabei würde ein Wunsch der Jugendlichen umgesetzt, für den die Verkehrsgesellschaft einen Routenvorschlag erarbeitet hätte. Die Jugendlichen hätten selbst den Bedarf ermittelt und die Routenführung mitoptimiert. Aktuell stünde für eine Testphase die Finanzierung durch die Kommunen.

Beispiel-Projekt II: flinc.org

finc.org wird als regionales Mitfahrssystem bekannt gemacht, das es schafft, „dem Trampen ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln“. Neben der Erstellung von geschlossenen Gruppen auf der Website, würde zudem die Bewertung von Fahrer und Mitfahrer ermöglicht. Facebook kann dabei als Verbreiter dienen. Finc.org sei ein Beispiel, wie das Internet als Hilfe genutzt werden könne, um Mobilitätsprobleme zu lösen.

Ausblick

In Zukunft könnten Jugendliche sich auch an anderen Problemen beteiligen. Sie seien diejenigen, die künftig

Projektbeispiel JugendMobil

die Gesellschaft tragen würden, arbeiten und Familien hätten.

Restriktionen

Herr Hoppe erläutert, dass es einige Restriktionen gebe. So würde zum einen das Problembewusstsein bei vielen Entscheidern fehlen. Bedeutend sei auch, dass sich die Problemlagen bei Jugendlichen sehr schnell ändern würden. Mit 14 würde Mobilität das erste Mal eine wichtigere Rolle spielen, mit 17 könnten sie hingegen schon den eigenen Führerschein machen. Die Phase, in der die Jugendlichen mitarbeiten würden, sei daher sehr kurz. Des Weiteren gestalte sich die Zusammenarbeit mit Schulen als schwierig und es herrsche eine große Skepsis gegenüber dem Internet. Würde diesen Punkten entgegengearbeitet werden, wäre der Mobilitätsproblematik leichter zu begegnen.



Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer

Prof. Dr. Udo Becker

Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg

Im Rahmen seines Vortrages geht Prof. Dr. Udo Becker auf die Fragen „Was kommt auf uns zu?“ und „Was kann und muss man tun?“ ein.

Um Lebensqualität zu definieren, wurde im Studierendenzirkel herumgefragt. Es kamen dabei Definitionen heraus wie „...wenn es allen immer gut geht.“, „...wenn alle mehr verdienen“ oder „...wenn alle immer Nahrung im Überfluss haben“. Die Verantwortung für Lebensqualität würde dabei meist an die Regierungen abgegeben.

Selbst wenn es bislang so lief, so würde sich das aber bald ändern, so Becker. Der Rückgang der Bevölkerung beispielsweise wird mit geringerem Steuereinkommen und steigenden Kosten, sowohl für Unterhalt wie für Betrieb, einhergehen. Das bisherige Entwicklungsmodell würde an ein Ende kommen. Ein Weiter-so-wie-bisher wäre kontraproduktiv.

Bedürfnisansatz

Herr Becker unterscheidet deshalb immer zwischen den Bedürfnissen der Menschen (satt, warm, sicher, mobil...), also den Gründen für die eigentliche individuelle Nachfrage, und den Instrumenten, die man für die Befriedigung der Bedürfnisse benötigt. Zu den Instrumenten gehören z. B. Versorgungsnetze, (Straßen-) Infrastrukturen und Fahrzeuge, also im weiteren Sinne das Angebot an Möglichkeiten (Straßen, Läden, Erdöl, Autos ...). Entscheidend ist aber, dass hinter jeder Entscheidung der Menschen immer ein Bedürfnis steht: darum geht es. Die entscheidende Herausforderung sei es nun, zukünftig diese Bedürfnisse („Lebensqualität“) mit weniger Stoffen, weniger Instrumenten und weniger Ressourcen zu ermöglichen: Wie können wir auch zukünftig mit weniger Mitteln Bedürfnisbefriedigung sicherstellen?

Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung möchte exakt an dieser Stelle ansetzen und das Leben erleichtern, gemeinsam vorausdenken und effiziente Strukturen schaffen, die die Lebensqualität sichern. Exakt dies bedeutet auch „Nachhaltige Entwicklung“.



Nachhaltigkeitsansatz

Nachhaltige Entwicklung definiert Becker analog der berühmten Brundtland-Definition als doppelten Anspruch: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung (immer ein Prozess, nie ein Zustand), die 1. die Bedürfnisse der heute Lebenden befriedigt und 2. die es künftigen Generationen ermöglicht, ihre Bedürfnisse zukünftig zu befriedigen.“

Wegen dieser Langfristperspektive muss auch in der Nachhaltigen Entwicklung die Lebensqualität mit weniger Stoffen, Instrumenten und Strukturen ermöglicht werden. Bedürfnisansatz und Nachhaltige Entwicklung werden identisch.

Wann fällt die Umstellung leicht?

Diese Umstellung würde immer dann leicht fallen, wenn die alltäglichen Bedürfnisse vor Ort effizienter als heute und ohne die Abhängigkeit von den Preisen wertvoller Ressourcen befriedigt werden könnten (Benzin-, Ölpreis, etc.). Effizienz wird damit zu einem Schlüsselbegriff.

Paradigmenwechsel

Der Prozess benötigt einen Paradigmenwechsel: Es geht um angemessene Grundbedürfnisse, deren Zugang, die notwendigen Kompetenzen und die Kooperation / Teilhabe vor Ort.

Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer

Man sollte nicht immer zuerst über die Instrumente, sondern zunächst über die Bedürfnisse reden. Dabei soll jedoch nicht über irgendwelche theoretischen Ansätze, sondern über die konkreten Bedürfnisse der Menschen vor Ort geredet werden: Wo gibt es denn keine Einkaufsmöglichkeit mehr im Ortsteil, wo sind die Versorgungen mit Wasser, Abwasser, Strom, Ärzten, Schulen, Apotheken gefährdet? Dort gilt es anzusetzen.

Dabei sollen die Ängste genommen und konkrete künftige Herausforderungen bereits heute thematisiert werden. Nur so könnte man die individuellen Probleme vor Ort feststellen.

Die drei Strategien, die immer wieder genannt werden,

- Aufrechterhalten,
- Anpassen,
- Gegensteuern

können aber dazu führen, dass wieder auf Instrumente und vorhandene Strukturen fokussiert wird.

Umsetzung vor Ort

Becker spricht sich für Handeln (und Kompetenzen, und Ressourcen) für die Akteure vor Ort aus. Er betont: „Für diese Umstellung müssen wir zwar durch ein Tal, aber es wird dann immer leichter – und es wird Spaß machen“. Je früher man anfangen würde, desto eher würde es Früchte tragen. Er regte an, man solle

sich vorstellen, in der eigenen Ortschaft wären alle Grundbedürfnisse abgedeckt – mit weniger Stoffen - die von außen gekauft werden müssten - und mit mehr Jobs von innen. Dann würden Kompetenzen entwickelt, Lösungen und Innovationen ergäben sich, und mit weniger Aufwand und weniger Ressourcen sind (mindestens) die heutigen Bedürfnisse auch zukünftig gesichert. Zuletzt gab er noch mit auf den Weg „Wer nachhaltige Entwicklung verzögert, macht es allen und sich selbst nur noch schwerer!“

Nachfragen und Diskussion

Petra-Juliane Wagner (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg e.V.) an Ralf Hoppe:

Herr Hoppe hätte darauf hingewiesen, dass viele Angebote für Mobilität nicht bekannt seien. Sie fragte, ob es Hinweise aus der Studie gebe, wie man Jugendliche besser über solche Angebote informieren könne? Herr Hoppe antwortet darauf, dass Werbung meist an den falschen Orten gemacht würde – am Markt, in der Regionalzeitung oder im Regionalfernsehen würden kaum Jugendliche erreicht werden. Facebook würde mehr Jugendliche erreichen und selbst da würde es kaum etwas bringen, nur ein Plakat des VBB Ferientickets reinzustellen. Es müsse mehr gemacht werden, als das bisher Klassische.



Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer

Rainer Bretschneider (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft) an Prof. Dr. Udo Becker:

Herr Becker hätte zum Ende seiner Rede einige Aktivitäten genannt, was man für den eigenen Ort tun könne. Der Ort selbst würde dabei jedoch nicht in Frage gestellt werden. Menschen würden oft um Optimierung kämpfen, sich selbst bzw. ihre aktuellen Verhaltensweisen jedoch nicht in Frage stellen.

Herr Becker erwidert, dass die konkreten Entscheidungen bei den Menschen lägen – und dort bleiben müssen. Im Fall von Gemeinden mit stark sinkenden Einwohnerzahlen stellt sich nun die Frage, dort zu bleiben – oder umzuziehen. Diese Entscheidungen kann die Regierung nicht übernehmen, aber erleichtern helfen: Natürlich kann nicht jeder Ort alle Infrastrukturen einer Stadt aufweisen, das ist unbezahlbar. Unsinnig sei es, tradiertes Verhalten um jeden Preis aufrecht zu erhalten: Eine Pendlerpauschale ist deshalb nicht der richtige Weg. Sinnvoller wäre es, die Entscheidungen über das Angebot einer „Umzugspauschale“ zu erleichtern, und dann kann jeder frei entscheiden, ob er vor Ort wohnen bleibt (mit Vorteilen, aber auch mit Nachteilen) oder in eine größere Gemeinde umzieht (mit Vorteilen, aber auch mit Nachteilen). In jedem Fall würde danach aber weniger Energie und weniger Geld benötigt: Denn die Preise geben die richtigen Signale.

Jeder dürfe und müsse hier selbst entscheiden, identisch Lebensbedingungen aber gibt es nicht. Entweder wohnt man, in Anlehnung an Kurt Tucholsky, in Berlin Friedrichstraße (viele Läden und Kneipen in direkter Umgebung, aber große Lärmbelästigungen), oder in einer kleinen Gemeinde (viel Ruhe, viel Natur, günstige Preise, wenig Möglichkeiten in der direkten Umgebung). Hier gilt es, die Anpassungen zu fördern – nicht den Erhalt einer bestimmten Struktur.

Zusammenfassung der Diskussionen in Tischgruppen

Diskussion in Tischgruppen

In zwei Runden diskutieren die Teilnehmenden die beiden Fragestellungen:

1. Lebensqualität: Was bedeutet Lebensqualität im Sinne der Nachhaltigkeit für die Städte und Dörfer Brandenburgs künftig?
2. Welche Schritte und Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung von Lebensqualität in verschiedenen Teilräumen gehören in die Nachhaltigkeitsstrategie?

Vorstellung der Ergebnisse der Tischgruppen

Dr. Tobias Federwisch (iq consult)

Herr Federwisch berichtet, dass schnell das Problem identifiziert worden sei, dass ein Spagat bestehe zwischen den bisherigen Angeboten und dem demografischen Wandel. Ein weiterer problematischer Punkt sei die Überlastung der ehrenamtlich tätigen Menschen. In Dörfern würden aber „Leader“ gebraucht, die sich für Vereine etc. engagierten.

Lebensqualität würde sich nach den Bedürfnissen und dem Habitus der Menschen richten. Es gebe verschiedenste Definitionen in den einzelnen Dörfern. Man müsse wissen, was Menschen umhertreibt, sich verständigen und dabei ehrlich und klar sein – und auch sagen, was nicht möglich sei.

Des Weiteren müssen nicht nur die Starken gestärkt werden, sondern auch den Nicht-Starken Entwicklungsperspektiven geboten werden. Gleichzeitig müsse aufgepasst werden, dass keine Stereotype gebildet würden (z. B. in Potsdam leben nur kluge Menschen, in der Uckermark nur dumme).

Dr. Gerold Fierment (Brandenburgische Werkstatt LA 21):

Herr Fierment beschreibt, dass die Gruppe sich Gedanken dazu gemacht hätte, wie Lebensqualität mit den Anforderungen an einen Nachhaltigkeitsstrategie verbunden werden könne. Vorschläge und Ideen sollten nicht nur sektoral betrachtet, sondern möglichst übergreifend gestaltet werden. Dabei würde Kooperation eine wichtige Rolle spielen, beispielsweise die der Landesarbeitsgemeinschaft Lebendige Dörfer e.V.

Ebenfalls hätte sich die Gruppe mit der Frage beschäftigt, ob es differenzierte Ansätze in den verschiedenen Regionen gebe. Es ginge darum, Zusammenhalt zu stärken und Initiativen voranzutreiben. Ein Beispiel sei die Jugendfeuerwehr. Hier hätte man die Chance, die Jugend zu gewinnen und ihre Aktivität mit einzubinden.

Herr Fierment betont zuletzt, dass Bildung wichtig sei, wenn man eine nachhaltige Entwicklung durchgesetzt haben möchte. Alle müssten wissen, was Nachhaltigkeit bedeutet.



Ulrich Hehenkamp (Amt Britz-Chorin-Oderberg):

Herr Hehenkamp erläutert, dass die Gruppe über drei Punkte diskutiert hätte: Soziales Engagement, Jugend und Verlässlichkeit.

Soziales Engagement würde voraussetzen, dass ein Heimatgefühl bzw. eine Identifikation mit dem Wohnort existiert. Dieses Wohlfühlen müsse man fördern, damit das Engagement und eine Perspektive bleiben. Die Jugend müsse mitgenommen werden. In der Schule würde sich nicht oft genug informiert werden. Das Interesse in die Zukunft müsse geweckt werden. Zudem bräuchte es ehrliche und verlässliche Rahmenbedingungen, damit man wisse, „wohin die Reise gehe“. Man solle sicherstellen, dass die Funktionen in den Dörfern erhalten bleiben und nicht unnützlich werden. Vielleicht würden ehemals Weggezogene zurückkehren und bereit sein, zu investieren.

Lutz Kriebel (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft):

Herr Kriebel hebt hervor, dass die Situation nicht dramatisiert werden solle. Es sollten nicht die demografischen Folgen in den Vordergrund gestellt werden,

Zusammenfassung der Diskussionen in Tischgruppen

sondern was man machen könne. Eine zu diskutierende Frage sei, ob sich alle Kommunen halten können und welche Funktionen in den Orten tragfähig blieben, da oft keine wirtschaftliche Basis vorhanden sei.

Für Ehrenamtliche müssten kommunale Strukturen etabliert werden, in denen Ehrenamtliche ein offenes Ohr finden und ernst genommen werden. Im gemeinsamen Dialog könne man so auf Lösungen für Probleme kommen.

Regionale Entwicklungskonzepte müssten von unten heraus entwickelt werden, so Herr Kriebel.

Prof. Dr. Heike Molitor (Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde)

Frau Molitor fasst zusammen, dass Selbstbestimmungsstrukturen als wesentlicher Schritt nötig seien, um auch Entscheidungen zu erleichtern. Man müsse überlegen, wie man offene Verwaltungen schaffen könne, so dass ein „wir-Gefühl“ entsteht und sich alle zuständig fühlen. Zudem gebe es zu bedenken, welche Schritte über Partizipationsprinzipien gemacht werden könnten. Sport mache es beispielsweise leichter, auf Menschen zuzugehen (z. B. Programm „Fit für die Enkel“). Hier könnte man überlegen, wie das auf andere Themen übertragen werden könne.

Dr. Andrea Feth (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft)

Die Gruppe habe sich zunächst mit der Definition von Lebensqualität beschäftigt, so Frau Feth. Man sei sich einig, dass die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnung und Mobilität in staatlicher Weise unterstützt und auch garantiert werden müssten. Aber auch darüber hinaus müssen bestimmte Bedürfnisse, wie Bildung und soziale Teilhabe vorhanden sein, damit Menschen bleiben. Menschen seien zudem sehr unterschiedlich. Hier müsse man differenzierter nach individuellen Bedürfnissen schauen.

Hans Martin Klütz (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft):

Ein Diskussionspunkt der Gruppe sei gewesen, dass Lebenswelten sich derzeit anders entwickeln würden, so Herr Klütz. Es gibt eine Multilokalität– die Wege zur



Arbeit, Erholung und Kultur würden größer werden. Hier wäre das Kernproblem in der Mobilität zu finden. Gerade wird Mobilität ausgebaut. In der Gruppe gibt es die Meinung, dass es ein Ziel wäre, dies einzuschränken. Das Zentrum der Erreichbarkeit müsse im Kleinraum hergestellt werden. Die Frage hinsichtlich der Maßnahmen müsse ausdifferenziert werden. Ein weiteres Problem sei die Frage der Verwaltung. Bürger würden sich Kontakte von Angesicht zu Angesicht wünschen, allerdings sei dies schwierig umzusetzen.

#

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

Arbeitsgruppe 1: Transfer

Wie können erfolgreiche Modellprojekte dauerhaft in der Fläche implementiert werden?

Berichtersteller: Staatssekretär Rainer Bretschneider, Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Moderation: Dr. Klaus Sauerborn, TAURUS ECO Consulting GmbH

Zu Beginn der Arbeitsgruppe (AG) stellt Herr Sauerborn den Ablauf der Arbeitsgruppe vor:

- Einführung
- Sammlung der Themen
- Themenauswahl nach vorheriger Clusterung für vertiefende Diskussion
- Diskussion ausgewählter Themen
- Briefing des Berichterstatters

Als Anfangsimpuls stellt Herr Sauerborn folgende Überlegungen zum Thema vor: In Brandenburg gebe es in den verschiedenen Landesteilen bereits erfolgreiche Modellprojekte zu unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge wie z. B. zur Mobilität, zur Gesundheitsversorgung, zur Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen wie auch im Bereich Bildung und Soziales. Diese seien oftmals gekennzeichnet durch eine integrierte, Fachpolitik übergreifende Perspektive und Vorgehensweise. Um das Ziel der Landesregierung einer flächendeckenden Erreichbarkeit aller zentralen Bereich der Daseinsvorsorge erreichen zu können, sei ein Transfer der Erfahrungen aus den Modellprojekten 'in die Fläche' erforderlich, der vermutlich durch den Einsatz von Multiplikatoren beschleunigt werden könne. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wird vorgeschlagen, die beiden folgenden Kernfragen in der Kleingruppe zu behandeln:

1. Was muss von Beginn an bei der Planung und Durchführung solcher Projekte beachtet werden, damit sie später in die Fläche übertragen werden können?
2. Was können die Kommunen und das Land tun, um günstige Voraussetzungen zu schaffen?

Es entsteht eine Diskussion zum Vorgehen: Teilnehmende hinterfragen, warum Lösungen übertragbar

sein müssen, wenn man gar nicht wüsste, ob das einzelne Projekt überhaupt Modellcharakter habe. Daraufhin wird die erste Frage dahingehend modifiziert, dass der Fokus auf die Fragestellung: „Was zeichnet ein erfolgreiches Modellprojekt aus?“ gerichtet wird.

Sammlung der Beiträge/ Themen

Im weiteren Vorgehen notieren die Teilnehmenden der AG 2 - 3 Stichworte zu den Fragen auf Moderationskarten, und ordnen diese den Strategieelementen „Ziele“, „Maßnahmen/Strategien“, „Akteure“, „Voraussetzungen/Ausgangsbedingungen“ und „Sonstiges“ zu (siehe hierzu Fotodokumentation in Anhang).

Die folgende Darstellung orientiert sich an den übergeordneten Themen, die sich im Rahmen der Clusterung der einzelnen Beiträge herauskristallisieren.

Diese übergeordneten Clusterthemen lauten:

- Generalisierbare Frage- bzw. Aufgabenstellung
- Einbettung des Projekts in den rechtlichen Rahmen
- Wirtschaftliche Tragfähigkeit
- Einbindung der Akteure
- Transparenz des Prozesses intern und extern

Von diesen Clusterthemen werden die Themen „Einbettung des Projekts in den rechtlichen Rahmen“ und „Einbindung der Akteure“ für die anschließende vertiefte Diskussion ausgewählt. Um Redundanzen in der Darstellung zu vermeiden, werden die Ergebnisse dieser vertieften Diskussion in die folgende, thematisch strukturierte Darstellung der Ergebnisse integriert.

Generalisierbare Frage- bzw. Aufgabenstellung

Für Modellprojekte muss die theoretische Möglichkeit und praktische Umsetzbarkeit in weitere Projekte plausibel sein. Modellfälle sollten daher exemplarisch sein und allgemein gültige Themenstellungen aufgreifen. Der Anspruch der Übertragbarkeit solle verbindlich sein. Es sei zu klären, wer wann und wie die Übertragbarkeit des Projekts auf vergleichbare Situationen und Aufgabenstellungen prüfe. Ein Vorschlag dazu lautete, dies über den Modellförderer von Beginn an über die Bestimmung eines Auswertungsprocedures und die Anforderung der Darstellung beabsichtigter Transfermaßnahmen zu bestimmen.

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

Wichtig sei es, ein Bewusstsein für Allgemeines und Besonderes zu entwickeln. Eine „Pflege“ erfolgreicher Projekte sei von Nutzen. Es wurde vorgeschlagen, die Erfolgskriterien für Modellprojekte einem Nachhaltigkeitscheck zu unterziehen, um so die Ausrichtung auf Ziele der nachhaltigen Entwicklung gewährleisten zu können.

Eine grundsätzliche Anmerkung betrifft die Wahrnehmung von Projekten als Modellprojekte. Es gäbe nicht-geförderte gute „unsichtbare“ Initiativen/Projekte, die nicht unter dem Etikett Modellprojekte erkennbar seien und u. U. ohne finanzielle Förderung auskämmen. Diese müssten erkannt und bekannt gemacht werden.

Einbettung des Projekts in den rechtlichen Rahmen

Obwohl nur wenige Karten das Thema abdecken, scheint es laut Punktevergabe eindeutig am Spannendsten zu sein. Der Moderator stellt die Frage, warum dies so ist.

Es wird eingeworfen, dass eine gewisse Grundbereitschaft, von der Norm abzuweichen, vorhanden sein muss. Wenn so etwas komplett geblockt werden sollte, kann nichts wachsen. Man müsse ab und an Augen zudrücken und Experimente zulassen, in dem man beispielsweise Zuständigkeiten bündelt oder Dinge ausprobiert. Dies widerspreche jedoch allem, was wir kennen, sei aber eine grundlegende Eigenschaft von Modellprojekten.

Eine weitere Meinung ist, dass ein Schritt am Anfang sein soll: „Wir sind offen, über Grenzen zu gehen“, aber auch „Wir sind uns bewusst, in welchem rechtlichen Rahmen wir uns bewegen“. Man müsse sich eine „Einbettung bewusst machen“. Es müsse realistisch sein.

Eine Frage sei, in welchen Zeithorizonten man solche Projekte ansiedelte. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit müsse mitberücksichtigt werden. Dabei dürfe nicht nur mit heutigen Maßstäben gerechnet werden, v. a. weil wir langfristiger denken müssten.

Ein Beitrag gab zu bedenken, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die es jetzt gäbe, einst unter ganz anderen gesellschaftlichen, ökonomischen und demografischen Bedingungen entstanden sind und von daher eine Modernisierung des gesetzlichen

Rahmens erforderlich seien. Modellprojekte sollten daher dort, wo innovative Lösungen es erforderlich machen, auch auf die Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen zielen. Beispiele hierfür sind die Aufhebung der vorgeschriebenen Trennung von Personen- und Frachtbeförderung und der Anschlusszwang an die Abwasserkanalisation. Hier sei es wichtig, Ausnahmen von gesetzlichen Vorschriften für Experimente zu ermöglichen (geschützt experimentieren) und dies auch bewusst und offen als Möglichkeit in den Förderprogrammen anzubieten.

Der Bereich Wasser/Abwasser werde in der Modellregion Uckermark untersucht. Es gebe bereits eine Sammlung von Vorschlägen, wie sich dies dezentral gestalten könnte.

Es wird aber auch auf die Schwierigkeiten solcher Gesetzesänderungen hingewiesen, die z. B. in langdauernden Verfahren z. T. gegen erhebliche Widerstände (Landes-/Bundesebene) durchgesetzt werden müssten. Auch in dieser Hinsicht wird mehr Mut für Veränderungen gefordert.

Wirtschaftliche Tragfähigkeit

Eine Anforderung an die Förderung von Modellprojekten solle sein, eine Chance zur Fortführung über den Modellzeitraum hinaus aufzuweisen. Hier wird die Frage gestellt, welche Anreize es gibt bzw. gesetzt werden könnten, um dies zu ermöglichen. Es solle über alternative Projektfinanzierungsmöglichkeiten nachgedacht werden, die auch Anreize zur Beteiligung privater Akteure setzen. Dies sei auch deswegen nötig, weil sich aufgrund der erforderlichen Haushaltskonsolidierung und der rückläufigen EU-Fördermittel der Handlungsspielraum des Landes in Zukunft eher verringere.

Es wird vorgeschlagen, die Zusammenarbeit der Akteure auch in Bezug auf die Kombination verschiedener Finanzierungsquellen (investive Mittel, Beratungsmittel) stärken, so sei z. B. auch der ESF eine geeignete Quelle.

Die Chance zur Aufrechterhaltung von Projekten erhöhe sich, wenn sich diese in Bürgerhand befänden. Auf die Frage nach der Finanzierung von Modellprojekten antworten Teilnehmende, dass Modellprojekte gefördert werden, wenn sie als solche überzeugten.

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

Allerdings bräuchte es Foren oder Verfahren, wo erfolgreiche Projekte diskutiert werden, damit Akteure sehen können, worauf aufgebaut werde. Daraus könne ein zweites Projekt entstehen, das inspiriert worden ist von alten Projekten, aber am Ende komplett anders aussieht. Man müsse Verfahren schaffen, die solch eine Entwicklung fördern, eine Kommunikationsstrategie.

Einbindung der Akteure

Dieses Thema wird vor allem aus der Perspektive diskutiert, wie die Akteure insbesondere im ländlichen Raum motiviert und eingebunden werden könnten. Es wird eine differenzierte Bewertung der Rolle der Akteure für erforderlich gehalten, zu unterscheiden seien Projektinitiatoren, -durchführer, -profiteure und weiterhin projektexterne mögliche Nachahmer, die Erfahrungen und Wissen in Transferregionen nutzen könnten. Wichtig sei die jeweils konkrete Einbindung der handelnden Akteure sowie die Integration der Nutzer bereits bei der Zielfindung, z. B. im Rahmen von Bürger-/Interessentenbeteiligungen.

Weiterhin werde unter diesem Punkt diskutiert, wie man Aktivisten gewinnt. In Modellprojekten treffe man üblicherweise auf Menschen, die aktiv seien, häufig Familie hätten, die man aber gewinnen könne mitzumachen und die dafür auch bereit seien, möglicherweise 30 - 50 km zu fahren. Solche Menschen bräuchte man als Nachmacher und Multiplikatoren.

Überdies bräuchte man eine Kommunikationsstrategie, um eine Übersetzungsleistung zu erbringen. Hierfür bräuchte man Regeln. Möglicherweise gebe es Mittel von EU-Seite, aber da diese in Zukunft zurückgehen würden, sei das eine unsichere Quelle. Die Kommunikation mit und Einbeziehung von Aktivisten müsse einen breiten Raum einnehmen. Die staatliche Gemeinschaft müsse dafür in Zukunft mehr Geld in die Hand nehmen, möglicherweise anstelle einiger Radwege oder Straßen.

Ein weiterer Vorschlag betrifft ein selektives Vorgehen. Danach soll eine Konzentration auf Akteure vorgenommen werden, die den „Wandel im Kopf“ vollzogen haben. Eine Erfahrung sei, dass die Akteure nach ihrem Motivationsgrad (20 % hoch Motivierte, 60 % regional neutral, 20 % Unmotivierte) unterteilt wer-

den könnten. Dazu passen Äußerungen, die von einer teilweise resignativen Haltung in Prozessen berichten und dass die Motivation der lokalen Bevölkerung schwierig sei.

Wichtig sei auch die Einbeziehung von potentiellen „Übernehmern“ bereits zu Beginn des Prozesses.

Transparenz des Prozesses intern und extern

Hohe Transparenz und ein hoher Grad an Kommunikation projektintern wie auch nach außen, z. B. in Bezug auf den Austausch mit anderen Projekten oder mit potenziellen „Übernehmern“, werden als wichtige Erfolgsbedingungen von Modellprojekten angesehen. Die Arbeit solle vor, während und nach dem Projekt kommuniziert werden. Hierbei spiele die bewusste Wahl der zu nutzenden Formen/Medien/des Internets eine wichtige Rolle.

Als besondere Form für den Austausch und das Lernen zwischen Projekten und potenziellen „Übernehmern“ werden informelle Austauschprojekte vorgeschlagen, in denen auch offen über Fehler und Scheitern von Ideen und Ansätzen gesprochen werden kann. Es sei wichtig einen Ort zu schaffen, an dem kein Druck zur Darstellung von Erfolgen herrsche, da dann größere Lerneffekte zu erwarten seien.

Eine Verpflichtung zur Öffentlichkeitsarbeit solle als Bedingung der Bewilligung von Modellprojekten formuliert werden.

Arbeitsgruppe 2: Geänderte Rahmenbedingungen – andere Lebensentwürfe

Welche anderen, sich verändernden Lebensentwürfe ergeben sich in schrumpfenden Kommunen?

Berichterstatterin: Carola Werner, Brandenburg 21 e.V. und KooperationsAnstiftung e.V.

Moderation: Sophie Scholz, e-fect dialog evaluati-on consulting eG

Frau Scholz stellt den Ablauf der Arbeitsgruppe vor:

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

- Diskussion eines gemeinsamen Verständnisses von „Lebensentwürfen“
- Sammlung der zentralen Themen und Fragestellungen:
- Gewichtung und Auswahl zu vertiefender Themen
- Vertiefende Diskussion ausgewählter Themen
- Zusammenfassen der Ergebnisse der Arbeitsgruppe und Vorbereitung der Berichterstattung für das Plenum
- Ländliche Bohème (Arbeitsplatz-unabhängige, z. B. Kreativ-Schaffende, internetbasiert Arbeitende)
- Subsistenzler/innen
- Menschen, die regionale Wertschöpfung betreiben

Was sind Lebensentwürfe?

In der Frage, was unter einem Lebensentwurf zu verstehen ist, einigen sich die Teilnehmer darauf, dass ein Lebensentwurf die persönliche Vision des Lebens ist: Ein individueller Lebensentwurf entsteht im Angesicht der subjektiv wahrgenommenen Möglichkeiten, aber auch den objektiv gegebenen oder auch nicht gegebenen Rahmenbedingungen.

Neue Lebensentwürfe in schrumpfenden Kommunen

Als grobe Unterscheidung sehen die Teilnehmer im ländlichen Raum die Hinzugezogenen und die Dagebliebenen. Als mögliche Lebensentwürfe werden genannt:

- Mehrgenerationen-Wohnprojekte; diese bieten:
 - Freiheit
 - Gemeinschaft
 - Teilen
 - Integration in die lokale Kultur
- Zugezogene Ökokommune
- Frauen mit Aufgaben in familiärer Pflege und Beruf
- Jugendliche, die bleiben wollen
- „Genügsame“, die nicht viel brauchen
- Rückkehrer
- Ortsverbundene Pendler/innen
- Lokale Macher/innen
- Menschen in altersgerechten gemeinsamen Wohnumgebungen
- Demenz-Wohngemeinschaften
- Wochenendbewohner/innen

Chancen, Herausforderungen und Rahmenbedingungen

Per Kartenabfrage sammeln die Teilnehmer die folgenden Punkte zu Chancen und Herausforderungen, die der Wandel in schrumpfenden Kommunen in Brandenburg bietet, und die Rahmenbedingungen, unter denen dieser stattfindet.

Chancen

- Der ländliche Lebensraum bietet Freiräume für neue, andere Lebensentwürfe und wird teilweise gezielt dafür aufgesucht.
- Dies zieht Kreative an, was ein hohes Maß an Innovationspotential bietet.
- Er bietet Raum für Innovation und dadurch für eine Stärkung bzw. Wiederentdeckung der regionalen Wertschöpfung.
- Regionalität fördert Identität mit der Region.
- Vernetzung und dadurch Bündelung von Ressourcen.
- Bestehende Initiativen wie „Lebendige Dörfer“ und lokale Bottom-up-Initiativen zeigen, dass Engagement vorhanden ist.
- Die zu erwartenden Kürzungen in den Fördermitteln werden es erforderlich machen, dass diese Mittel besser gebündelt und bedachter ausgegeben werden. Hier sieht die Arbeitsgruppe die Chance auf qualitativere Verwendung von Fördermitteln.

Herausforderungen

- Weniger Geld in öffentlichen Kassen bedeutet weniger Geld für die Kommunen und weniger Fördermittel.
- Es muss eine Problemakzeptanz geschaffen werden für den Rückgang der Bevölkerung und die Konsequenzen daraus. An vielen Stellen wird dieser Sachverhalt ignoriert, das Problem nicht

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

- formuliert und bereits auftretende Schwierigkeiten werden nicht adäquat gelöst.
- Die Offenheit und Aufnahmebereitschaft der Dort-Lebenden für neu Hinzuziehende (z. B. aus anderen Regionen, Städten, aus dem Ausland,...) muss gefördert werden.
 - Demenz-Wohngemeinschaften werden bereits umgesetzt, da für diese Förderungen verfügbar sind, für altersgerechtes gemeinsames Wohnen jedoch nicht. Daher ist es aus ihrer Sicht wichtig, diese beiden Wohnformen zu unterscheiden. Fragen der pflegerischen Versorgung in Zukunft betreffen alle Konzepte zum Wohnen Älterer.
 - Die Grenze zwischen staatlicher und privater Verantwortung muss definiert werden.
 - Es muss eine offene Kommunikation des individuellen Preises und Risikos stattfinden – dies kann je nach Ort sehr unterschiedlich ausfallen. Die Frage danach, was der Einzelne leisten muss, muss gestellt und auf die individuelle Verantwortung verwiesen werden.
 - Die langfristige Planbarkeit und Werthaltigkeit (insbesondere im Bereich von Immobilien) muss gesichert werden.
 - Der „Gießkanneneffekt“ bei der Vergabe von Fördermitteln führt dazu, dass an vielen verschiedenen Stellen kleine Teile der Mittel angewendet werden. Diese mangelnde Fokussierung führt dazu, dass gleichzeitig die Mittel an den einzelnen Stellen nicht ausreichen, um größere oder konzentrierte Maßnahmen umzusetzen. „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“.
 - Je nach Lebensentwurf und persönlichen Voraussetzungen (Einkommen, Bildung, etc.) bestehen unterschiedliche Anforderungen an Infrastrukturen. Die Bedarfe sind hier sehr uneinheitlich und müssen doch beachtet werden.
 - Es besteht ein Widerspruch in den räumlichen Nutzungsansprüchen zwischen dem Bedürfnis nach Naturnähe und Abgeschiedenheit auf der einen Seite und der Forderung nach einer guten Infrastruktur und Angebundenheit auf der anderen Seite.
 - Vernetzung und Kooperation der Kommunen, der Initiativen und der einzelnen Einrichtungen vor

Ort muss gefördert und Transparenz geschaffen werden.

- Konzentration und Bündelung von Kultur, Versorgung etc. mit den Menschen vor Ort und eine Gewährleistung von Teilhabe bei Entscheidungen fördert Akzeptanz und Verständnis.
- Bürgerbeteiligung muss ermöglicht werden! Von Kindern und Jugendlichen bis ins hohe Alter.
- Beteiligung muss von klein auf gelernt werden.

Rahmbedingungen

- Als zentraler Punkt wird diskutiert, dass insbesondere eine Abwendung von der auf Wachstum ausgerichteten Politik eine zwingend notwendige Rahmenbedingung ist.
- Stabile und kontinuierliche Unterstützungsstrukturen für die Koordination von Initiativen (wie z. B. Demenzhilfe, Tages-Oma, etc.) sind notwendig. Als Beispiele für solche Strukturen werden Lokale Agenda 21, Lebendige Dörfer, Tag der Regionen genannt.
- Die bisherigen Standards müssen auf den Prüfstand gestellt werden; die eigenen Ansprüche geprüft auf Angemessenheit. Dies betrifft beispielsweise die Erwartungen bezüglich Infrastruktur: Häufig wird Service vor Ort gewünscht, aber nicht genutzt.
- Gegebenenfalls muss der Status Quo aufgegeben und die Anforderungen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Auswahl der Schwerpunkte

Für den weiteren Verlauf werden die Themen **Problemazeptanz und Umkehr der auf Wachstum ausgerichteten Politik** sowie **Regionalität** für eine vertiefende Diskussion ausgewählt.

Problemazeptanz und Umkehr der auf Wachstum ausgerichteten Politik

Die Probleme, die die schrumpfende Bevölkerungsentwicklung in der ländlichen Gegend mit sich bringt, müssen künftig benannt und anerkannt werden, um gemeinsam in Aktion treten zu können. Nur so können die Rahmenbedingungen zukunftsfähig gestaltet werden und sicherstellen, dass Menschen mit ver-

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

schiedenen (und auch neuen) Lebensentwürfen sich dort wohl fühlen.

Konzepte für Gemeinsames Wohnen von Senior/innen finden in den derzeitigen Förderprogrammen keinen Platz. Es ist notwendig, den Bedarf zu beachten und die vorhandene Substanz zu betrachten und zu nutzen. Künftige Förderprogramme müssen gezielt so gestaltet werden, dass Gemeinsames Wohnen von Senior/innen darin aufgenommen wird.

Ein großes Problem sehen die Teilnehmer in der Art, wie **Fördermittel** bisher vergeben und verwendet werden.

- Als Investition gelten vorwiegend bauliche Infrastrukturmaßnahmen, die öffentlichkeits-wirksam in Betrieb genommen werden können.
- Hierbei werden teilweise Infrastrukturen geschaffen, deren Betrieb anschließend gefährdet ist, denn dieser ist durch die Investition nicht gedeckt.
- Es mangelt an Möglichkeiten, in Humankapital zu investieren. Hier plädieren die Teilnehmer dafür, dass „Investition“ so definiert wird, dass auch Humankapital-Investitionen dazu gezählt werden.
- Förderprogramme sind nicht darauf ausgerichtet, Menschen Daseinsvorsorge zu bieten. Diese erreicht man nicht (allein) durch bauliche Investition, sondern durch eine Förderung von Initiativen, Netzwerken, Bildungs-, Unterstützungs- und Kontaktprojekten.
- Bei Investitionen wird oftmals nicht bedacht, wie ein gefördertes Projekt über den Projektstatus hinaus transferiert wird. Es sind mehr unterstützende Strukturen nötig, denn in Brandenburg mangelt es hierfür an Vereinswesen, Vermögen und einer breiten Bildungsbürgerschaft.
- Beispielsweise wird in einem Förderprogramm in Nordrhein-Westfalen bei Investitionen in alte Gebäude o. Ä. die lokale Bevölkerung mit einbezogen und in begleitende Initiativen oder Vereine mit investiert, um eine Begleitung des Investitionsprojektes durch Menschen zu gewährleisten und die Nutzung zu fördern.
- Ein großes Problem der derzeitigen Förderprogramme sehen die Teilnehmer darin, dass nicht ausgegebenes Geld in der nächsten Vergabe-

runde abgezogen wird und somit ein Anreiz besteht, alle Mittel auszugeben. Stattdessen sollte es Förderprogramme geben, die es belohnen, wenn Projekte mit weniger Geld als vorgesehen auskommen. Der Erfolg von Investitionen bzw. Projekten muss daher neu definiert werden und darf sich nicht allein daran festgemacht werden, dass bereitgestellte Mittel ausgegeben wurden.

- Als Variation dieses Ansatzes wird das Leader-Prinzip diskutiert. In diesem entscheiden regional eingebundene Akteure, ob Projekte gefördert und umgesetzt werden. Positive Erfahrungen mit diesem Ansatz sprechen dafür, dieses Prinzip verstärkt anzuwenden.
- Die Anschubfinanzierung von Initiativen muss erleichtert werden, erste Schritte bereitwilliger unterstützt werden. Ist diese Unterstützung nicht gegeben, verschwindet sehr schnell die Motivation und das Engagement wird eingestellt.

Ein weiteres Thema ist die **Partizipation**.

- Es wird der Vorschlag unterbreitet, dass Projekte in einer Konzeptphase vorbereitet werden, in die Betroffene mit einbezogen werden. Sie können so mitgestalten und gemeinsam entscheiden, ob das Projekt gefördert werden soll, bevor es umgesetzt wird.
- Entscheidungsträger sollten in Dialogprozessen kommunizieren, für was, wann und wie Mittel ausgegeben werden müssen. Dialogprozesse bieten mehrfachen Nutzen und insbesondere Lerneffekte bei allen Beteiligten.
- Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten macht mit dem Einsatz von Multiplikatoren bereits positive Erfahrungen.
- Die Bevölkerung soll zu mehr Beteiligung aufgerufen und angeregt werden. Es ist wichtig, sie in Entscheidungen einzubinden, ihr so auch Verantwortung abzugeben. Hilfreich ist es, die Menschen stolz auf ihre Region sein zu lassen; so werden sie bereit sein, diese Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren.
- In der Bildung muss mehr und früher an Partizipation angesetzt werden. Bereits Kinder sollten lernen, in Entscheidungen mit eingebunden zu werden.

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

Regionalität

Dieser zweite Schwerpunkt für die vertiefende Diskussion wurde größtenteils integriert behandelt. Die wichtigsten Punkte zur Regionalität waren:

- Die Möglichkeit der regionalen Wertschöpfung bei einer Sicherstellung der Lebensqualität im ländlichen Raum.
- Identifikation der Menschen mit ihrer Region fördern, Stolz ermöglichen und so Bereitschaft zu Engagement fördern.
- Bereitschaft fördern, Fremde in die Region aufzunehmen, um Zuzug und Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Wie müssen Rahmenbedingungen gestaltet sein, um nachhaltige Ansätze in den Lebensentwürfen weiter zu stärken und bestehende Herausforderungen anzugehen?

Zunächst diskutierten die Teilnehmenden mögliche positive Auswirkungen, die das ‚Zugrundegehen‘ eines Dorfes als Negativbeispiel auf die umliegenden Dörfer und das Bewusstsein der Akteure haben könnte, Initiative ergreifen zu müssen. Jedoch könnte das auch einen frustrierenden Effekt haben.

Die Teilnehmenden sammelten folgende Ansätze für geänderte Rahmenbedingungen aus den Bereichen Netzwerkunterstützung, Förderbedingungen, Nachhaltigkeits- und Demografie-Check und Bildung.

Netzwerkunterstützung

- Bestehende kleine Initiative müssen stärker unterstützt werden.
- Netzbildung muss angeregt werden; sogar in sehr kleinen Dörfern besteht häufig wenig Wissen über die Aktivitäten anderer lokaler Akteure.
- Initiativen setzen sich nicht von selbst zusammen, um ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Hier besteht der Bedarf nach einem funktionierenden Regionalmanagement mit Ansprechpartnern und Koordinatoren, die die Selbstorganisation ermöglichen und unterstützen.
- In vielen Bereichen gibt es Experten für viele spezielle Themenfelder, die jedoch nicht zusammenkommen. Es wird zu selten darauf zurückge-

griffen Moderation oder Mediation hinzu zu ziehen, und dies wird auch bisher nicht gefördert.

- Gute Erfahrungen wurden mit City-Managern gemacht; dies funktioniert jedoch nur, solange das vom Ministerium oder der Kommune bezahlt wird.
- Die Küchentischgespräche von Brandenburg 21 waren sehr erfolgreich; konnte aber wegen fehlender Finanzierung nicht weitergeführt werden. Gute Erfahrungen existieren auch mit Freiwilligenagenturen. Solche Strukturen existieren immer nur, solange sie finanziert werden. Eine längerfristige Finanzierung ist notwendig, um solche Projekte erfolversprechend zu gestalten.

Förderbedingungen

- Regionale Entwicklungskonzepte wurden sehr stark gefördert. Teilweise haben die Kommunen jedoch zu wenig den Bestand ins Auge gefasst und die Lage vor Ort. Es wurden hohe und kostenintensive Ziele gesteckt. Hier muss ein Umdenken bei den Antragstellern (z. B. Kommunen) stattfinden.
- Die Förderbedingungen lassen nur eine Förderung der Durchführung zu, nicht der Konzeption. Um sinnvolle Projekte auch im Ehrenamtsbereich zu fördern, sollte die Kostenübernahme der Planungsphase ebenfalls im Förderumfang enthalten sein.
- Schließlich sollen trotz aller Vorbehalte gegen die bisherige Handhabung von Investitionen die Infrastrukturinvestitionen nicht zu negativ zu bewerten sein. Sie sind von enormer Bedeutung, besonders wenn man bedenkt, dass auch der Zugang zu Internet hierunter fällt. Die Dominanz der Infrastrukturmaßnahmen in der Förderlandschaft ist das Problem.

Nachhaltigkeits- und Demografiecheck:

- Nachhaltigkeitsuntersuchungen seien durchaus üblich. Ein Problem sehen die Teilnehmer darin, dass der Bedarf bei einem Bauvorhaben sich wandelt. In der Nutzen-Kosten-Untersuchung wird die Nutzendauer des Bauwerks hinsichtlich der prognostizierten Nutzung betrachtet. Der un-

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

sichere Faktor bei solchen Berechnungen ist die die Qualität und Genauigkeit der Prognose.

- Der Demografiecheck ist eine Aufgabe, bei der wenig Kompetenz in den Kommunen vorhanden ist. Hier muss den Kommunen mehr Unterstützung zukommen. Wenn eine Konsequenz des Demografiechecks ist, dass ein Projekt nicht brauchbar ist, hat dies den zusätzlichen Effekt, dass das Problembewusstsein steigt.

Bildung

- In der Gruppe herrscht Unverständnis darüber, dass Bildung so selten thematisiert wird im Zusammenhang mit der ländlichen Entwicklung Brandenburgs. Bildung ist als Standortfaktor und Wettbewerbsfaktor von großer Bedeutung. Die Schulbildungslage ist jedoch bedenklich. Als Grund hierfür werden die Ressortbildung und das sektorale Denken in der Regierung gesehen. Zukunftsorientiert sollte man Nachwuchs fördern und in die Fachkräfteentwicklung investieren.
- Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen bietet vielfältige Möglichkeiten, beidseitig zu profitieren. In den Hochschulen ist der Transfer in die Praxis nicht finanziert; gleichzeitig ist aber praxisnahe Ausbildung die Aufgabe der Hochschule. So zeigt sich in Projektseminaren der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, dass Studierende praktische Erfahrungen sammeln können, während Vereine oder Initiativen, die wenig Mittel haben, von der professionellen Unterstützung durch die Hochschule profitieren und Projekte realisieren können, die ohne die Kooperation nicht möglich wären.

Arbeitsgruppe 3: Handlungskompetenz in Kommunen

Wie kann man kommunale Strukturen ertüchtigen, den Prozess vor Ort partizipativ zu organisieren?

Berichterstatter: Christian Jaschinski, Landrat des Landkreises Elbe-Elster

Moderation: Stefan Löchtfeld, e-fect dialog evaluation consulting eG

Herr Löchtfeld erläutert das Vorgehen in der Gruppe:

- Sammlung zentraler Themen
- Themenauswahl
- Themenvertiefung
- Briefing des Berichterstatters

Zentrale Themen

Anhand von drei Leitfragen werden folgende Themen von den Teilnehmenden als zentral für die partizipative Umsetzung vor Ort genannt:

- **Kommunikationsfähigkeit**
Die Kommunikationsfähigkeit aller Beteiligten sollte verbessert werden. Dazu ist es auch wichtig, Kommunikation zu ermöglichen: sowohl technisch als auch themengebunden innerhalb der Gesellschaft. Die verbesserte Kommunikation zwischen Ehrenamt und etablierten Strukturen ist wichtig. Die Kommunikationsfähigkeit könnte auch in Schulungen vor Ort für alle Beteiligten erfolgen.
- **Kooperation der Akteure**
Wichtig ist es die gemeinsame Verantwortung aller Akteure vor Ort zu benennen – insbesondere der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören auch eine intensive Kooperation der Entscheidungsträger und die Klärung von Zuständigkeiten. Nur so gelingt die Wandelbarkeit sozialer Gemeinschaften.
- **Veränderte Rolle von Verwaltung und Politik und Bürger/innen**
Die Rolle der Verwaltung und der Politik ändern sich. Die Kommunalpolitik muss sich mehr Richtung Ehrenamtlichen Engagement und Beteiligung öffnen. Die Verwaltungen müssen diesen Prozess aktiv aufgreifen und unterstützen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen lernen, sich stärker einzubringen. Bestehende Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Akteuren vor Ort muss gestärkt werden. Ggfs. müssen die Kommunen ertüchtigt werden, ihre neue Rolle wahrzunehmen: Dies kann finanziell sein oder

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

durch entsprechende Schulungen für kommunale Angestellte.

- **Beteiligung von Kinder und Jugendlichen**
Kinder und Jugendliche sollten unbedingt beteiligt werden. Die Beteiligung muss schon in Schulen und Kitas gelehrt und praktiziert werden.
- **Ehrenamt stärken**
Für die Umsetzung sollen die „local heroes“ gestärkt und unterstützt werden. Hier soll auch eine „Bestandspflege“ erfolgen und nicht nur nach neuen Akteuren zu suchen.
- **Vernetzungen fördern**
Im Rahmen der Umsetzung vor Ort, sind Netzwerke ein zentrales Instrument. Dörfernetzwerke oder auch Netzwerke spezieller Akteure wie zum Beispiel der Kulturanbieter bedürfen der Unterstützung durch die lokale Verwaltung.
- **Bildung**
Das Thema Bildung ist vor Ort ein wichtiges Thema. Hier sind vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels das lebenslange Lernen und die Angebote vor Ort zu betonen.

Diese Paradigmenwechsel müssen öffentlich dargestellt und kommuniziert werden. Dabei sollten die jeweils unterschiedlichen Lebensqualitäten für die jeweiligen lokalen Gemeinschaften definiert werden. Ziel muss sein, das Zusammenhaltsgefühl zu stärken.

Als **Methoden für die Umsetzung** wurden genannt:

- Beratung und Coaching von Dörfern bei der Problemlösung durch Verwaltung und Externe (z. B. durch Mediation, Moderation bei Konfliktlösung)
- Planspiele zum Einsatz finanzieller Ressourcen mit Möglichkeiten Varianten und Alternativen zu diskutieren
- Eher kleine Impulse zu setzen und mit wenig Mitteln Initiativen unterstützen.
- Bei Förderung nicht nur an finanzielle Förderung durch Kommune/Land denken. Gerade im Kulturbereich hat sich gezeigt, Geldmangel macht kreativ!

Die beiden Themen „Kommunikation und Beteiligung“ mit Jugend als besondere Zielgruppe und das Thema „Bildung“ werden intensiver diskutiert.

Kommunikation und Beteiligung

Inhaltlich stehen künftig nicht Neubauten im Vordergrund, sondern vielmehr Umgestaltung und Rückbau. Dazu müssen Kosten und Alternativen deutlich vermittelt werden und die Grenzen staatlichen Handelns aufgezeigt werden.

Die Kommunikation des Demographischen Wandels sollte somit folgende drei miteinander verwobene Themen enthalten:

- Die Vermittlung des Schrumpfungsprozesses und dessen Auswirkungen.
- Das lebenslange Lernen, sich zu beteiligen.
- Die Motivation zur Übernahme der gemeinsamen Verantwortung.

Die Beteiligung von Jugendlichen an diesem Prozess wird von den Teilnehmenden als Zukunftssicherung angesehen. Doch wie können Jugendliche angesprochen werden? Die Teilnehmenden sehen folgende Ansatzpunkte:

- Ansprache über die Jugendliche betreffende Themen vor Ort (und weniger über Strukturen).
- Politische Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten bereits in der Schule zu lernen und zu praktizieren.
- Das Alter zwischen 14 und 18 Jahren soll genutzt werden; danach lässt Interesse nach und die Jugendlichen gehen in die Ausbildung.
- Nutzung jugendgerechter Medien (Internet, Facebook etc.) neben bestehenden wie Amtsblatt.
- Austausch mit Schleswig Holstein: dort müssen Kinder und Jugendliche beteiligt werden und das Ergebnis der Beteiligung muss dokumentiert werden. Dies funktioniert so gut, dass inzwischen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Standortvorteil gesehen wird.

Beteiligung und Ehrenamt sind zwei Seiten einer Medaille. Es gebe schon eine Menge Aktiver, bei Bürgerversammlungen und Beteiligungsprozessen müssen aber noch mehr Personen erreicht werden. Projektbezogen funktioniert dies sehr gut, themenbezogen nicht mehr ganz so gut. Hier ist es wichtig, die

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

Interessen und den möglichen Nutzen des Engagements deutlich zu machen.

Wie gehen Verwaltungsspitze und Politik mit Beteiligung um? Sehen die sich bedroht und wollen keine Verantwortung abgeben? Hier gibt es aus Sicht der Teilnehmenden sehr unterschiedliche Erfahrungen, die stark personengebunden sind.

Bildung

Ziel von Bildung muss das Lebenslange Lernen sein. Und das muss auch künftig vor Ort gewährleistet werden können. Doch was bedeutet dies für die Qualität und was für die Effizienz?

Dies bedarf beispielsweise bei sinkenden Schülerzahlen anderer, neuer Formen von Schulen wie Zwergschulen, Formen des Online-Lernens, Internatsschulen aber auch generationenübergreifendem Lernen.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in nordischen Ländern bedarf dies aber eines anderen Selbstverständnisses der Lehrer. Der Status und die gesellschaftliche Anerkennung durch die Bevölkerung müssen sich genauso ändern wie die Lehrerausbildung.

Generationenübergreifendes Lernen wie beispielsweise mit dem Haus der kleinen Forscher, Senioren-Universität, Kooperationen mit Hochschulen etc. im Rahmen lokaler Bildungsbündnisse sollen als Modellprojekte weiter erprobt und der Transfer in Praxis verfolgt werden.

Als rechtliche Erschwernis werden die unterschiedlichen Zuständigkeiten (innere und äußere Schulverwaltung) von Land, Kommune und Schule beschrieben. Hier sollen die Kommunen und Schulen im Sinne einer eigenverantwortlichen Schule mehr Mitspracherechte bekommen. Konkret wurden die Mitspracherechte bei der Anstellung von Lehrerinnen und Lehrer genannt.

Auch die Möglichkeiten, Bildung insbesondere in der Schule durch das Ehrenamt bereichern zu lassen, wird zu wenig genutzt. Hier fehlen zum Teil noch Ideen, insbesondere aber Regelungen, die dies ermöglichen.

Ziel könnte sein, die Schulen als soziales und kulturelles Zentrum des Dorfes zu nutzen. Ob dies auch im berlinfernen Raum möglich sei, wurde kontrovers diskutiert.

Arbeitsgruppe 4: Zukunftsfähige Formen der Daseinsvorsorge

Wie können sich die Konzepte von Lebensqualität und Nachhaltigkeit ergänzen?

Berichterstatter: Prof. Dr. Andreas Knie, Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg

Moderation: Jan Maurer, TAURUS ECO Consulting GmbH

Herr Maurer stellt den Ablauf der Arbeitsgruppe vor:

- Sammlung der Themen
- Themenauswahl nach vorheriger Clusterung für vertiefende Diskussion
- Diskussion ausgewählter Themen
- Briefing des Berichterstatters

Themensammlung

Anschließend formulieren die Teilnehmenden die wichtigsten Aspekte zur den Fragestellungen:

1. Welche Aspekte aus der Diskussion vom Vormittag sind aus ihrer Sicht für die Arbeitsgruppe besonders wichtig?
2. Was können die Aspekte Lebensqualität und Nachhaltigkeit zur Diskussion um zukunftsfähige Formen der Daseinsvorsorge beitragen?
3. Welche positiven Beispiele dafür kennen Sie schon?

Bei der Vorstellung zeigt sich, dass eine Einteilung in klar abgegrenzte Themenbereiche schwierig ist, da die relevanten Aspekte eng miteinander verzahnt sind. Die anschließende Diskussion zur Fragestellung, welche Aspekte in der Nachhaltigkeitsstrategie zu berücksichtigen sind, kreist vor allem um die beiden Themenfelder „Rahmenbedingungen“ und „Partizipation“:

Rahmenbedingungen

- Zukünftig werden weniger staatliche Mittel zur Verfügung stehen. Daher sollten von Landesseite für die kommunale Ebene Experimentiermöglichkeiten innerhalb des gesetzlichen Rahmens eröffnet werden. Es ginge dann darum, eher allge-

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

meine Standards zu definieren, statt auch den Weg gesetzgeberisch vorzugeben.

- Das Konzept der Nachhaltigkeit stellt dabei die Grundlage dar. Nur wenn das Konzept Nachhaltigkeit berücksichtigt wird, werden die Rahmenbedingungen richtig gesetzt.
- Für die lokale Ebene sind verlässliche Rahmenbedingungen von hoher Bedeutung. Der Staat darf sich nicht aus der Verantwortung nehmen, sondern muss auch künftig diese Rahmenbedingungen sicherstellen.

Partizipation

- Ausgangspunkt für Partizipation ist eine regionale/lokale Identität, mit der sich die Menschen vor Ort identifizieren können. Leitbilder helfen, derartige Identitäten zu entwickeln oder verschüttete regionale Identitäten wieder zu beleben, um dadurch Zusammengehörigkeitsgefühl und Beteiligungsbereitschaft zu schaffen.
- Kehrseite der Stärkung der lokalen Ebene ist ein Wachstum an Lokalegoismen.
- Hohe bürokratische Anforderungen an Projekte senken die Bereitschaft, vor Ort ehrenamtlich tätig zu werden.
- Zukunftskreise sind ein gutes Instrument, um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Auch die Nutzung neuer Medien (z. B. Facebook, Webseite mit Forum) kann Beteiligung erhöhen, da über diese Wege neue Personenkreise angesprochen werden.
- Partizipation braucht auch Fortsetzung und Erfolge sowie verschiedene Formate für unterschiedliche Zielgruppen (Jugendliche sind anders zu erreichen als Ältere).
- Ziele der Partizipation sind die Willensbildung vor Ort und die Motivation von engagierten Bürgerinnen und Bürgern.
- Auf Gemeindeebene kann nur mit kleinen Projekten gearbeitet werden, die kurzfristig sichtbare Ergebnisse bringen.
- Engagierte Bürgerinnen und Bürger müssen unterstützt werden: Sie brauchen Wertschätzung und sie brauchen Hilfsmittel.

Zentrale Ergebnisse der Arbeitsgruppe

Um zukunftsfähige Formen der Daseinsvorsorge zu implementieren ist es erforderlich, dass diese vor Ort entwickelt werden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden, etwa durch die Nutzung/ Einführung von Experimentierklauseln in relevanten Themenbereichen, etwa:

- Erneuerbare-Energien-Gesetz
- Bildung/Schulrecht
- Mobilität: ÖPNV
- Baurecht
- Anschlusszwang Kanalisation

Das Land soll Rahmen setzen, und die konkrete Umsetzung vor Ort unterstützen und ermöglichen. Diese brauche nicht in erster Linie Geld vom Staat, sondern Regelungsfreiheit.

Daneben sollte Wettbewerb zwischen den Kommunen zugelassen werden. Grundlage dafür sollte die Identitätsbildung vor Ort sein. Lokale Leitbilder sollten auf kommunaler Ebene diskutiert und beworben werden.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Förderung von Partizipationsformen, beispielsweise

- Zukunftskreise als Ausgangspunkt für Partizipation
- Erarbeitung von Leitbildern vor Ort, in denen über die Richtung der lokalen Entwicklung entschieden wird
- Umsetzung von kleinen, die sich Beteiligten nicht überfordernden Pilotprojekten
- durch Rahmenbedingungen Umsetzung von Ideen ermöglichen

Damit die Entwicklung und Umsetzung zukunftsfähiger Formen der Daseinsvorsorge gelingt, sind aus Sicht der Teilnehmenden außerdem folgende Aspekte relevant:

- Erfahrungsaustausch zwischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern fördern.
- Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern über neue Medien.
- Es sind Coachingangebote für die lokale Ebene erforderlich.

Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

Podiumsdiskussion

Staatssekretär Rainer Bretschneider

Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Carola Werner

Brandenburg 21 und KooperationsAnstiftung e.V.

Christian Jaschinski

Landrat des Landkreises Elbe-Elster

Prof. Dr. Andreas Knie

Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Was kann aufeinander bezogen werden? Wo gibt es Gemeinsamkeiten/Unterschiede? Wo ergänzen sich Beiträge?

Herr Bretschneider weist darauf hin, dass es kein Allheilmittel gibt. Er berichtet, dass sie als Ministerium selten erleben, dass Freiheit „von unten“ gefordert wird, sondern dass vielfach der Vorwurf formuliert wird „warum lasst ihr zu, dass das und das gemacht wird“. Was das Land nach unten an Kompetenzen und Aufgaben abgibt, wird von den Bürgern wieder bei den Ministerien eingefordert (Klagen, Beschwerden über Kommunalangelegenheiten).

Viele Projekte und Vorhaben haben an den Akteuren angesetzt – und dies sei auch richtig. Regionale Verbundenheit taucht häufig als motivierendes Potential auf. Doch es sind noch mehr übergreifende, leitbildhafte Elemente nötig. Einzelprojekte werden als weniger bedeutsam angesehen.

Herr Jaschinski spricht die Frage an, wie man das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure und Ebenen zusammenbringen kann. Man muss das Ziel definieren und dann einen Lösungsansatz in die Wege leiten, dabei aber die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Der Lösungsansatz muss für alle Beteiligten akzeptabel sein und folgende Elemente berücksichtigen:

- Veränderungsprozesse,
- Sicherheit,
- klare Aussagen treffen,
- Botschaften mitgeben, die Verbundenheit mit der Region stärken,
- Jugendlichen die Heimat näher bringen,
- Identität stiften und
- zu Selbstverantwortung aufrufen.

Herr Knie bemerkt, dass Brandenburg schon viele Aufgaben dezentralisiert hat und daher hier eine Vorreiterrolle übernehmen kann: das Land organisiert nicht mehr alles, sondern überlässt vieles dem Engagement der Bürgerinnen und Bürgern bzw. Regionen. Hier würde sich in Brandenburg auch der Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien eignen! Wenn man beispielsweise im Bereich Verkehr ein Gesetz einfach mal aufheben und zwei Jahre ohne Konzession Verkehrssystem entstehen lassen würde, könnte in Brandenburg viel entstehen, was vorbildhaft für andere Regionen wirken kann – so Herr Knie.

Frau Werner führt aus, dass es Aufgabe des Landes sein soll, Strukturen zu koordinieren, dann können die anderen darin arbeiten. Akteursbeteiligung muss mehr initiiert werden: Wie werden ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hierin geschult? Wenn hier mehr Begleitung stattfindet, dann gibt das einen Motivationsschub. Ein gutes Demokratieverständnis kann durch Vereine, Initiativen etc. erreicht werden. Es ist wichtig, die Kinder mitzunehmen in dieser Entwicklung, sonst sterbe Brandenburg aus.



Als zentrale Themen und Fragen des Tages stellen sich heraus: Wie viel Regulierung bzw. Deregulierung brauchen wir? Wie viel Vorgabe vom Land ist nötig? Wo liegen aber auch Grenzen der Deregulierung? Wer erhält welche Aufgaben? Wer verfügt über die nötigen Kompetenzen?

Es wurden Horrorszenarien, wie schrumpfende Dörfer, aber auch viele Modellprojekte angesprochen. Die Einbindung der Akteure vor Ort und die Bedeutung von Identitätsgefühl haben sich als zwei wesentliche Bausteine herausgestellt, die Eingang in eine Landesnachhaltigkeitsstrategie finden sollten.

Schlusswort

Staatssekretär Rainer Bretschneider Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg

Zum Abschluss der Veranstaltung betont Staatssekretär Rainer Bretschneider, dass es eine richtige Entscheidung gewesen sei, sich einen ganzen Tag lang Zeit genommen und die Diskussionsprozesse in ihrer Gesamtheit mitverfolgt zu haben. Er habe eine Vielzahl von Anregungen zum Thema Lebensqualität in Städten und Dörfern in den Jahren 2020 und 2030 aus dem Verlauf des Workshops mitgenommen. Ob und inwieweit diese erfolgreich umgesetzt werden könnten, hänge nicht zuletzt maßgeblich vom Engagement und dem Ideenreichtum der Menschen vor Ort ab, die unter Ausschöpfung der tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten die Wünsche und Probleme von morgen angehen müssten.

Was braucht Brandenburg?

Brandenburg brauche sowohl den Mut zur Realität als auch den Mut zur Zukunft. Sämtliche Akteure auf allen Ebenen sollten Hand in Hand versuchen, über die gesamte Bandbreite der Themen ein strategisches und realisierbares Konzept für die Zukunft zu entwickeln.

Dabei sei es wichtig, die drei von Herrn Professor Becker benannten Unworte - Aufrechterhalten, Anpassen, Gegensteuern - zu vermeiden. Man müsse komplex denken.

Die Pendlerpauschale beispielsweise unterstütze lange Anfahrtswege zur Arbeit - für die Einen sei es deshalb aus ökologischer und sozialer Sicht nicht vertretbar, für die Anderen angesichts der steigenden Spritpreise noch zu niedrig.

Auch Investitionen in Bildung statt Beton seien häufig verlangt worden an diesem Tag – aber in einem Großteil aller Eingaben an das Ministerium würde der Bau von Straßen und Radwegen gefordert. Das sei die Realität der Politiker vor Ort und das stimme nachdenklich.

Zentralität - Dezentralität

Zentral, dezentral und Regelungsdichte - diese Themen müssten weiter beleuchtet werden. Denn die



Leute machten nur mit, wenn sie das Gefühl hätten, auch tatsächlich etwas bewirken zu können. Dies sei zu berücksichtigen, daher sollte möglichst viel „nach unten“ abgegeben werden.

Es brauche aber auch Mut zum Nein-Sagen, beispielsweise wenn etwas keinen Sinn ergebe, wie etwa bei einigen geplanten Spaßbädern zu erleben. Entschlossen auch mal Nein zu sagen – das geschehe nicht häufig.

Die Verzahnung von Stadt und Land in Förderangelegenheiten sei aber bereits auf einem guten Weg, hier gebe es längst viele gemeinsame, vorbildhafte Projekte. Im ländlichen Raum komme es darauf an, weniger sektoral als regional denken.

Perspektiven

Es brauche eine breite Diskussion sowie den Mut zur Wahrheit und zu dem zu stehen, was man entscheiden habe.

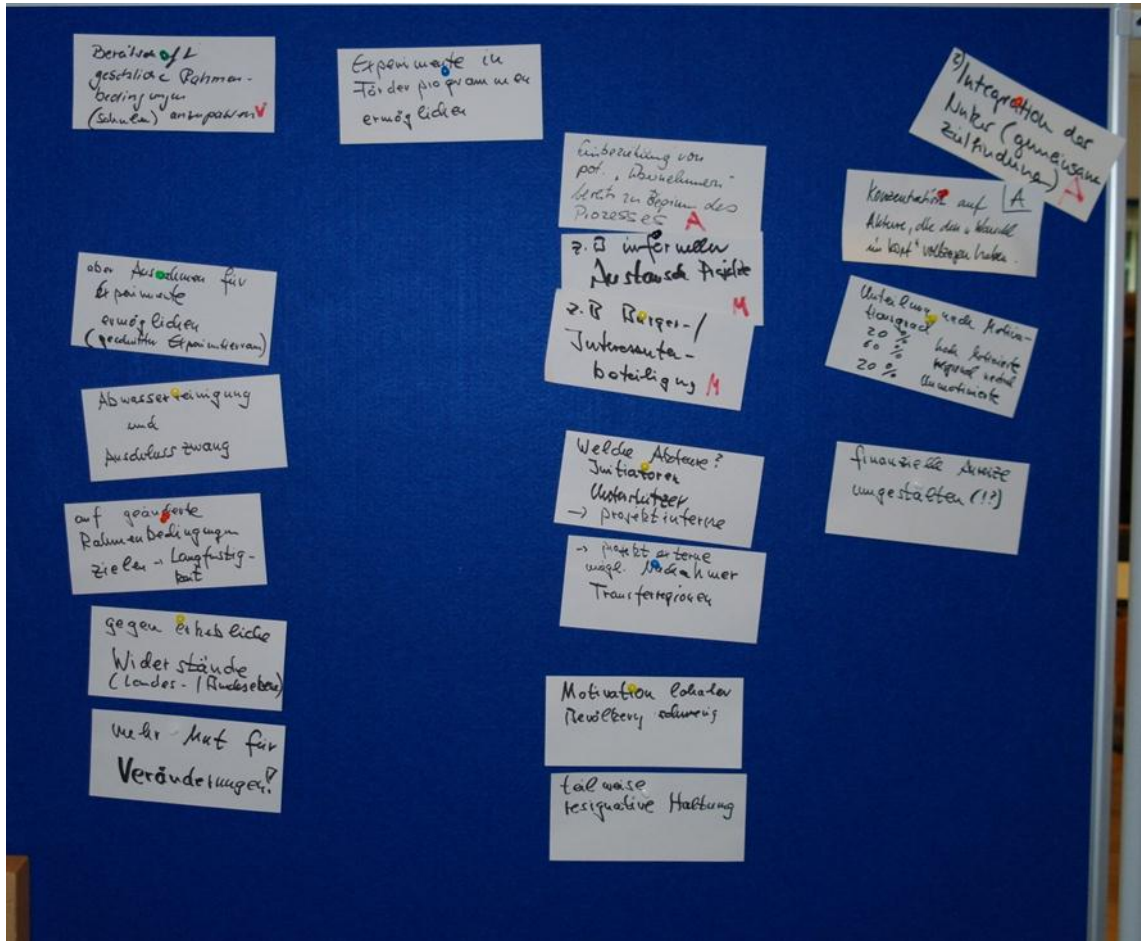
Veranstaltungen wie diese sollten alle Teilnehmenden nachdenklich stimmen. Machen wir es richtig? Wo kann ich meinen Beitrag leisten? Bin ich selbst von der Sache überzeugt? „Wir brauchen nicht nur Erfolge, sondern auch ein Bekenntnis zu unserem Land: Tue Gutes und rede darüber“. Nur dann wird man auch potentielle Investoren überzeugen können, in die Region zu kommen.

Anhang

Fotos Arbeitsgruppe 1 Transfer



Anhang



Anhang

Fotos Arbeitsgruppe 2 Geänderte Rahmenbedingungen – andere Lebensentwürfe



Anhang

AGZ: Geänderte Rahmenbedingungen - andere Lebensentwürfe

Welche anderen, sich verändernden Lebensentwürfe ergeben sich in schrumpfenden Kommunen?

Welche Aspekte aus der Diskussion am Vortag sind aus Ihrer Sicht für die AGZ besonders wichtig?

1. Was sind die neuen nachhaltigen Lebensentwürfe in schrumpfenden Kommunen in Brandenburg?
2. Was sind die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen bezüglich Nachhaltigkeit?
3. Wie müssen Rahmenbedingungen gestaltet sein, um nachhaltige Ansätze in den Lebensentwürfen weiter zu stärken und bestehende Herausforderungen anzugehen?

Herausforderungen

UNABHÄNGIGKEIT & VERLUSTEN
ausgewählte Abf. d.
Problem: Akzeptanz

Rahmenbedingungen

Kommunikation des individuellen Prozess / Risiken
Risiko
Gefahrenpotenzial
Langfristige Perspektive
Wertigkeit
Sinn

Lebendige Dörfer

autonome Kommunen
LEADER-PRINZIP

Chance

Einmal Raum bleibt
Lebensraum für verschiedene Lebensentwürfe

Vernetzung / Kooperation

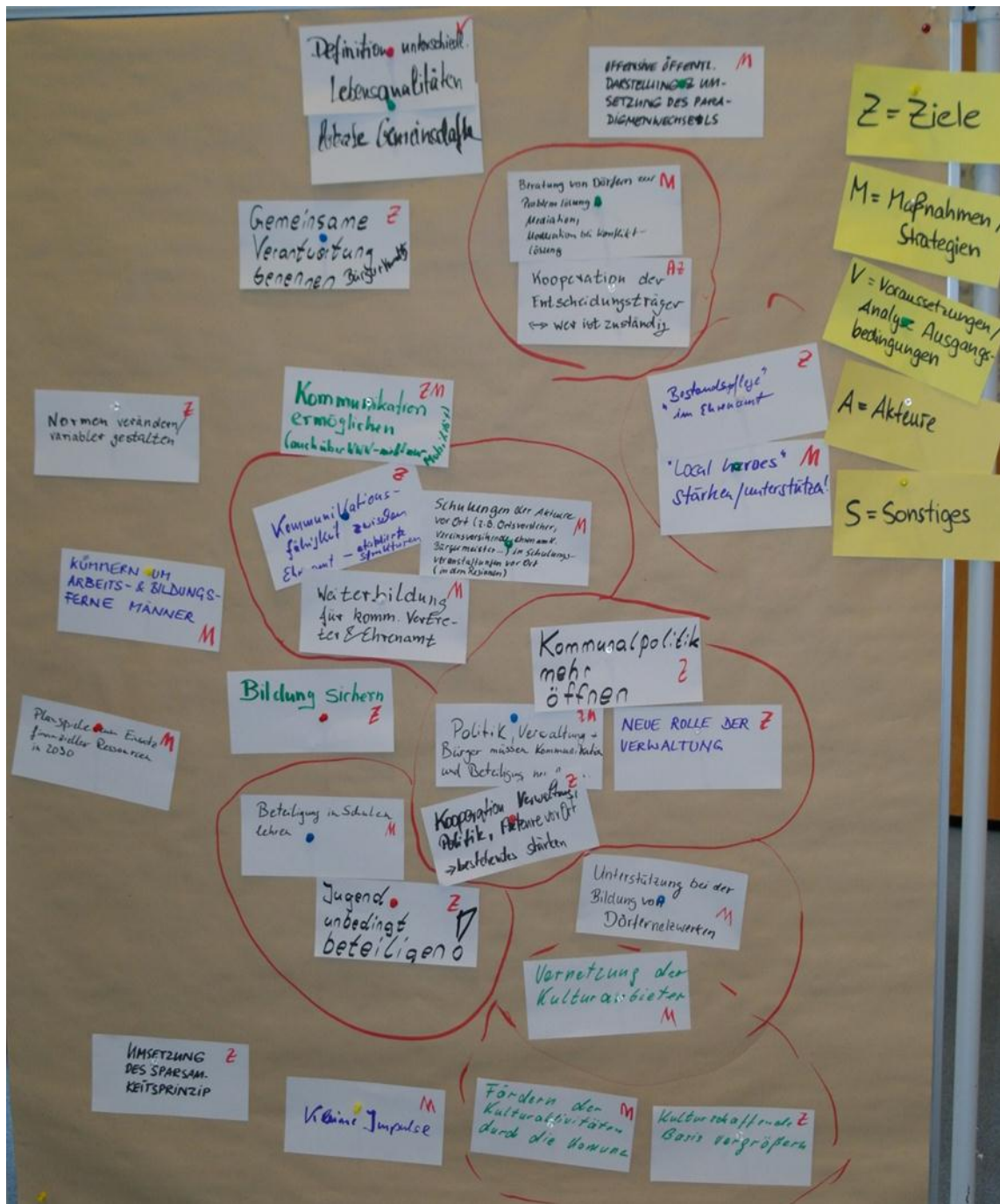
Interdisziplinäre
Kollaboration
Stabile und kontinuierliche
Vernetzungsmöglichkeiten
für Kommunen

Klassifizierung der Clusterung

Z = Ziele
M = Maßnahmen / Strategien
V = Voraussetzungen / Analyse Ausgangsbedingungen
A = Akteure
S = Sonstiges

Anhang

Fotos Arbeitsgruppe 3 Handlungskompetenz in Kommunen



Anhang

Jugendbeteiligung als Zukunftssicherung

Dr. Schmidt

- 1) Vermittlung der Schrumpfung
- 2) Lernen sich zu beteiligen
von der Wiege → Bahre
- 3) Motivation zur Übernahme von Verantwortung ^{Gemeinsame}

Kommunikation, Beteiligung

Wie Ki+Ju gewinnen?

14-18 J.

- ⇒ Schule: politische Strukturen, Beteiligungsmögl.
- ⇒ über Themen? wenige, nicht Strukturen
- ⇒ Bereitschaft der Verwaltungsspitze + Politik zu beteiligen ist personengebunden

1) „Beteiligung als Standortfaktor“

Anhang

(Schule als soziales + kulturelles Zentrum im Dorf?)

Bildung + Kultur

1) Lebenslanges Lernen
⇒ Lernen vor Ort

⇒ was heißt das für Qualität?
" Effizienz

↳ andere, neue Formen von Schulen
↳ Zweisprachigkeit
↳ Online-Lernen
↳ Internat
↳ generationenübergreifend

Modellprojekte + Transfer

2) veränderte Lehrerbildung
↳ Status, Wertigkeit
↳ Persönlichkeit

3) Verantwortlichkeiten: ^{klarer!} bisher
GS ⇒ Kommunen, Wirtsführer ⇒ Kreis
freie Träger
Modell: eigenverantwortliche Schulen

4) Durch Ehrenamt bereichern
↳ hier fehlen Ideen + Ressourcen

Erneuerung = aber wie?

Anhang

Fotos Arbeitsgruppe 4 Zukunftsfähige Formen der Daseinsvorsorge



Anhang



Liste der Teilnehmenden

| Vorname | Nachname | Institution |
|-------------|---------------|---|
| Manfred | Bauer | Staatskanzlei des Landes Brandenburg |
| Frank | Beck | Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz |
| Udo | Becker | Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg |
| Roman | Blank | Gemeinde Wustenhagen |
| Rainer | Bretschneider | Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft |
| Jens | Eggert | Stadt Rheinsberg |
| Bernd | Engelhardt | Landesverband Brandenburg der Gartenfreunde e.V. |
| Tobias | Federwisch | iq consult |
| Andrea | Feth | Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft |
| Gerold | Fierment | Brandenburgische Werkstatt LA 21/Mitglied im Lokale Agendabeirat von Strausberg |
| Tina | Gäbler | Universität Potsdam, AG Landschaftsmanagement |
| Albrecht | Gerber | Staatskanzlei des Landes Brandenburg |
| Doreen | Gierke | Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Brandenburg e.V. |
| Alexander | Haas | Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg |
| Lutz | Habermann | Spreewaldverein e.V. |
| Günter | Hälsig | Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz |
| Ulrich | Hehenkamp | Amt Britz-Chorin-Oderberg |
| Laura | Henn | e-fect dialog evaluation consulting eG |
| Stefan | Herold | Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) |
| Ralf | Hoppe | ContextPlan GmbH |
| Christian | Jaschinski | Landkreis Elbe-Elster |
| Jan-Hendrik | Kathmann | MWE Referat31 - EFRE Verwaltungsbehörde |
| Hannelore | Kaukel | Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten |
| Hans | Kloocke | Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) |
| Hans Martin | Klütz | Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft |
| Andreas | Knie | Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg |
| Grit | Körner | LAG Märkische Seen e.V. |
| Lutz | Kriebel | Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft |
| Thomas | Kropp | Landesstelle Jugendbeteiligung Brandenburg |
| Ralf-Jürgen | Krüger | Landesverband der Gartenfreunde Berlin e.V. |
| Heike | Kruspe | Bioland Landesverband Ost e.V. |
| Silke | Last | Brandenburg 21, AG Lebendige Dörfer |
| Stefan | Löchtefeld | e-fect dialog evaluation consulting eG |
| Stephan A. | Lütgert | Deutsche Stiftung Kulturlandschaft |
| Jan | Maurer | Taurus Eco Consulting |
| Heike | Molitor | Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) |
| Timothy | Moss | Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg |
| Martin | Pohlmann | Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz |
| Stefan | Rätzel | Stadt Frankfurt/Oder Abteilung Stadtentwicklung |
| Wolfgang | Renner | Naturpark Schlaubetal |
| Klaus | Richter | Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft |
| Uwe | Rühl | Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft - GL |

Liste der Teilnehmenden

| Vorname | Nachname | Institution |
|---------------|-------------|--|
| Wolfgang | Rump | Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree |
| Heribert | Rustige | AKUT Umweltschutz Ingenieure Burkard und Partner |
| Klaus | Sauerborn | Taurus Eco Consulting |
| Martina | Schäfer | TU Berlin |
| Birgit | Schenker | Stadt Calau/Geschäftsstelle MORO Spreewalddreieck |
| Elvira | Schmidt | ARGUS Potsdam e.V. |
| Andrea | Schmitz | Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz |
| Sophie | Scholz | e-fect dialog evaluation consulting eG |
| Helge | Schwarz | Kulturnahnhof Biesenthal |
| Annette | Seete | Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) |
| Maria | Seewald | e-fect dialog evaluation consulting eG |
| Manfred | Stock | Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg |
| Britt | Stordeur | Landkreis Uckermark - Amt für Kreisentwicklung |
| Manuela | Voigt | Landessportbund Brandenburg e.V. |
| Karl-Heinrich | von Bothmer | Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg |
| Petra-Juliane | Wagner | Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) |
| Carola | Werner | Brandenburg 21 e.V. und KooperationsAnstiftung e.V. |
| Stephanie | Wittke | HNEE |
| Stefan | Woll | Ministerium für Bildung, Jugend und Sport |

Ansprechpartner

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Referat 55 Nachhaltige Entwicklung, umweltbezogene Fragen der
Wirtschaft und des Verkehrs, Luftreinhaltung, Lärminderung

Dr. Martin Pohlmann

Albert-Einstein-Straße 42-46

14473 Potsdam

Tel. 03 31-8 66 79 23

Email: martin.pohlmann@mugv.brandenburg.de

Dialoggestaltung

e-fect dialog evaluation consulting eG

Stefan Löchtfeld

Am Deimelberg 19

54295 Trier

Tel. 04 41-6 84 11 79

Email: dialog-brandenburg@e-fect.de

TAURUS ECO Consulting GmbH

Dr. Klaus Sauerborn

Universität Trier

Am Wissenschaftspark 25-27

54286 Trier

Tel. 06 51-2 01-31 30

Email: klaus.sauerborn@taurus-eco.de